Persönlich erstellt für:

Unterstützen Sie uns beim Kampf für faire Löhne und gute Arbeit

Steffen Holz: Die acht ältesten Atommeiler müssen dauerhaft vom Netz

VON STEFFEN HOLZ

„Das ist das Mindeste: Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit!“ So lautet unser diesjähriges Motto zum 1. Mai.

So wichtig diese Grundpfeiler für ein menschenwürdiges Leben sind, so verblassen sie doch etwas vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima. Ab sofort verbietet sich das Wort „Restrisiko“ endgültig, das einen möglichen Nuklearunfall mit apokalyptischen Konsequenzen maßlos verharmlost.

Wir fordern deshalb, dass die acht ältesten Atommeiler dauerhaft vom Netz gehen. Die Reststrommengen dürfen nicht übertragen werden, und die Bundesregierung muss die Laufzeitverlängerungen zurücknehmen.

Der Atomausstieg muss mit deutlicher Beschleunigung wieder in Fahrt kommen. Je mehr Atomstrom ins Netz eingespeist wird, desto weniger rechnen sich Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Laufzeitverlängerungen bergen nicht nur zusätzliche Risiken durch Materialermüdungen, sondern gefährden auch die Schaffung hunderttausender Arbeitsplätze. Die Forderungen des Maimottos gelten deshalb gerade auch für den Atomausstieg und den damit verbundenen Ausbau der erneuerbarer Energien.

Die Energiekonzerne dürfen Atommeiler nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stilllegen. Für die Beschäftigten in den Betrieben der Solar- und Windenergie-Wirtschaft sind Tarifverträge auf Branchenniveau und die Mitbestimmung abzusichern.

Der Kampf für faire Löhne, gute Arbeit und ein sozial abgesichertes Leben in gesunder Umwelt braucht auch seine Feste. Sie unterstützen uns und tun sich selbst etwas Gutes, wenn Sie mit uns feiern. Deshalb lade ich Sie ein: Seien Sie dabei am 1. Mai.

• Steffen Holz ist Gewerkschaftssekretär beim DGB (Region Niedersachsen-Mitte).

GRILLPARTY ?!
Wir halten da so einiges bereit!
Sie kommen einfach zu uns und holen die leckeren Grillwürstchen ab …
… und die Grillparty kann losgehen
LECKER
Bratwurst, Schinkengriller, Krakauer, Salate & Co.
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 7.00 bis 17.00 Uhr
Hansa FEINKOST
www.hansa-feinkost.de
Hansa Feinkost GmbH
Großes Klosterfeld 3
31655 Stadthagen
Tel. 05721 / 97370

GEW
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Schaumburg
- mehr als nur eine Gewerkschaft
Die Bildungsgewerkschaft in Schaumburg:
- demokratisch
- engagiert
- kompetent

WOHN BAU
Unser Leistungsangebot:
• Angebot und Verwaltung von ca. 1000 Mietwohnungen
- familiengerecht
- altengerecht
- behindertengerecht
• Gebäudesanierung
• Gebäudeenergieberatung
• Baubetreuung
• Sozialmanagement
Wohnformen, die allen Ansprüchen gerecht werden!
Kreiswohnungsbaugesellschaft mbH Schaumburg
Enzer Straße 94 • 31655 Stadthagen
Telefon: (05721) 8001-0 • Telefax (05721) 8001-11
gut und sicher wohnen

Wir brauchen eine radikale Umkehr in der Politik

Thorsten Gröger: Diese Art der Wachstumspolitik führt in den Staatsruin

Fortsetzung von Seite 1

Wo Wachstum nun zum übergeordneten politischen Ziel wird, begibt sich die Politik in Abhängigkeit zur Wirtschaft. Denn das Wachstum machen die Unternehmen – und die diktieren dann die Bedingungen. Mit niedrigen Steuern müssen die Großkonzerne bei Laune gehalten werden – ob sie Beschäftigung schaffen oder nicht. Ob sie Steuern zahlen, spielt auch keine Rolle.

Diese Form der Wachstumspolitik führt zwangsläufig in den Staatsruin. Der Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern führt dazu, dass europäische Staaten in die Pleite getrieben werden. Trotz dieser verheerenden Auswirkung einer rein wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik wollen die Marktradikalen nicht vom Kurs abweichen.

Ihre Parole bleibt: Der Staat muss sparen. Was praktisch heißt: Er muss seine ureigenste Aufgabe gegenüber seinen Staatsbürgern aufgeben und immer mehr Unternehmen privatisieren, die zum Beispiel die Versorgung der Bürger sicherstellen: Stadtwerke, Post, Bahn und so weiter. Was dabei herauskommt, kann man in deutschen Städten studieren.

Der Kahlschlag dieser Politik führt zum Abbau von regulärer Beschäftigung und zur Schwächung des Sozialstaats. Denn je entfesselter die Märkte sind, desto schwächer wird der Staat und desto geringer fällt die Staatsquote aus. Dem Staat geht das Geld aus, um das zu gewährleisten, für das er geschaffen wurde: Den Bürgerinnen und Bürgern ein existenzielle Grundlage zu schaffen, die sie am Wohlstand teilhaben lässt, um sich eine individuelle Existenzgrundlage aufzubauen.

Um diese fatale Entwicklung zu stoppen, brauchen wir eine radikale Umkehr der Politik. Wir brauchen eine Politik, die auf mehr Wirtschaftsdemokratie und einem qualitativen Wirtschaftswachstum basiert, das Innovation und Ressourcenschonung beinhaltet.

Die IG Metall hat mit ihrer bundesweiten Kampagne „Gutes Leben“ bereits im letzten Jahr eine politische Wende gefordert. Die Menschen wollen endlich gehört werden. Sie sind nicht politikverdrossen.

Auch die Explosion auf der Ölplattform Deepwater Horizon im Vorjahr markiert eine Grenze im Streben nach immer mehr Wachstum. Foto: pr.

Sie sind es nur Leid, an der Nase herumgeführt zu werden und ständig die Zeche für wirtschaftliche und politische Fehlentscheidungen zu zahlen.

Die Atomkatastrophe ist nur ein Synonym für die fatale Ausrichtung der Politik nach rein ökonomischen Interessen unter dem Diktat der globalen Wirtschaftsunternehmen. Es ist nicht richtig, dass die Gesellschaft rein nach dem Kostendenken der Aktionäre ausgerichtet wird.

Um dies zu ändern, brauchen wir eine Ausrichtung der Politik, die die Finanzmärkte zügelt und die neue Wege außerhalb des alten wachstumsorientierten Wirtschaftsdenkens beschreitet. Die eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und höheren Einkommen einleitet.

Wir brauchen auch mehr Wirtschaftsdemokratie, die die Nachhaltigkeit von Ressourcen und den Wert der Arbeit sichert. Wir müssen künftig sorgfältiger mit unseren Rohstoffen umgehen: Das setzt voraus, das wir wieder auf langlebige Produkte und Service statt auf Billigprodukte setzen müssen. Wir müssen neue Technologien fördern, müssen Energie sparen und müssen die Menschen mehr am ökonomischen Erfolg teilhaben lassen.

Dafür muss die Arbeitskraft aufgewertet und fair bezahlt werden. Wir müssen Beschäftigungsverhältnisse neu definieren. Es kann nicht sein, dass eine ganze Generation durch prekäre Arbeitsverhältnisse wie schlechtbezahlte Leiharbeit in die Altersarmut getrieben wird.

Doch noch immer sieht die Realität anders aus. Die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt weiter auf der Basis des von der Union eingebrachten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“.

Die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft werden deutlich, wenn man den Aufschwung nach der Krise betrachtet. Die Finanzmärkte schachern weiter wie vor der Krise. Die steigende Beschäftigung basiert auf prekären und nicht existenzsichernden Jobs. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen setzen heute auf die Leiharbeit statt neu einzustellen.

Leiharbeit und befristete Einstellungen sind schon lange nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Die jüngste Befragung unserer Betriebsräte zeigt, das nur noch ein Fünftel des Beschäftigungszuwachses in der Metall- und Elektroindustrie auf das Konto von normalen Arbeitsverhältnissen geht. Das ist im Hinblick auf die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland ein Sabotageakt.

Deutschland kann den globalen Wettbewerb langfristig nur mit Innovationen und hochqualifizierten Fachkräften gewinnen. Deshalb muss die Politik jetzt Rahmenbedingungen schaffen, die moderne Technologien fördern.

Zielsetzung muss eine breite Qualifizierungsoffensive sein. Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, auszubilden und die Beschäftigten zu qualifizieren. Die Hartz-IV-Gesetze müssen erneut auf den Prüfstand. Wir brauchen Gesetze, die die Leiharbeit regulieren. Und wir brauchen die Absicherung des Niedriglohnsektors durch existenzsichernde Mindestlöhne.

Um es noch deutlicher zu machen: Deutschlands Vorteil beruht nicht auf einem Reichtum an Bodenschätzen. Der Vorteil der deutschen Wirtschaft liegt in der Kreativität und in der Innovationskraft besonders gut qualifizierter Fachkräfte. Es ist und bleibt töricht, diese Fachkräfte durch Dumping-Strategien der Arbeitgeber und durch das Nichtstun der Regierungsparteien unter Druck zu halten.

Und es ist dumm, junge Menschen nicht auszubilden. Und wenn doch, nach der Ausbildung bestenfalls mit einem befristen Arbeitsverhältnis abzuspeisen, bevor man sie endgültig auf die Straße schickt und ihrem Schicksal überlässt, das all zu oft in die Leiharbeit führt. Und es ist ein Rückschritt für die ganze Gesellschaft, immer größere Segmente der Arbeitswelt mit prekärer Beschäftigung zu füllen.

Die deutschen Wähler entdecken ihre Macht wieder. Sie gehen auf die Straße. Sie wollen es sich nicht länger gefallen lassen, dass die Politik beim Aufspalten der Arbeitswelt – und damit der Gesellschaft in arm und reich – Schmiere steht oder sogar noch Hilfsdienste durch entsprechende Gesetze leistet. Es muss Schluss sein mit dem Einsacken von Extraprofiten durch Lohndumping und dem Missbrauch von Leiharbeit.

So scheint Fukushima mehr zu bedeuten als ein Umschalten der Energiepolitik von Atom auf Solar. Vielen scheint jetzt klar zu werden, dass diese Katastrophe eine Zeitwende eingeleitet hat. Wir müssen einen neuen Blick auf unser Wirtschaften, auf den Fortschritt und den Wachstumszwang werfen und damit auf die Energie und Ressourcen verschlingende Art und Weise, wie wir leben.

• Thorsten Gröger ist Erster Bevollmächtigter der IG Metall Nienburg-Stadthagen.

Jeder nach seinen Möglichkeiten

Neuer Vorstand im ver.di-Ortsverein Stadthagen gewählt / Gisela Natzel an der Spitze

VON GISELA NATZEL

Ende des vergangenen Jahres bis weit in den März 2011 hinein fanden die Organisationswahlen bei der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) statt. Hierbei wurden auf allen Ebenen die Gremien neu gewählt.

Eines dieser Gremien ist der Ortsverein Stadthagen, der für den nördlichen Teil des Landkreises zuständig ist. Auf einer Mitgliederversammlung wurde der neue Ortsvereinsvorstand gebildet. Eine bunte Mischung aus „alten“ und neu gewählten Mitgliedern will sich nun in das politische Leben unserer Region einmischen und gewerkschaftliche Arbeit leisten.

Im Vorsitz hat es einen Wechsel gegeben. Neue Ortsvereinsvorsitzende wurde Gisela Natzel (Fachbereich „Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“), da Thomas Schmidt für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung stand.

Ihr zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende Gabriele Walz (Fachbereiche „Gemeinden“ und „Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“), Karin Plöger (Fachbereich „Gemeinden“) und Walter Braams (Fachbereich „Bund und Länder“). Als Beisitzer wurden gewählt: Manfred Dobrowolski, Friedrich Ehlerding, Herwig Nordmann, Thomas Schmidt, Marion Lenz, Antje Baumgart, Hans-Jörg Van Daake, Frank Bellersen, Siegfried Karge, Christel Schubeck, Petra Hiller und Roswitha Thiele.

Ortsvereinsarbeit heißt für uns: Jeder und Jede nach seinen beziehungsweise ihren

Der neue Vorstand des ver.di-Ortsvereins Stadthagen hat seine Arbeit aufgenommen. Foto: rg

Möglichkeiten. Wir haben Beruf, Familie und Hobbys und bringen uns soviel ein, wie wir leisten können und möchten – und genauso viel, dass es uns auch Spaß macht.

Wir freuen uns sehr über interessierte Kolleginnen und Kollegen, die Lust haben, reinzuschauen und uns vielleicht bei der einen oder andere Aktion unterstützen. Der ver.di-Ortsverein Stadthagen steht allen offen.

Weitere Infos und Kontaktdaten gibt es über die ver.di-Geschäftsstelle, Telefon (05721) 924245, sowie im Internet unter www.hannover.verdi.de/ortsvereine/ov_stadthagen.

• Gisela Natzel ist Vorsitzende des ver.di-Ortsvereins Stadthagen.